

CDU-Fraktion im Rat der Kolpingstadt Kerpen



Herrn Bürgermeister
Dieter Spürck

Rathaus

50171 Kerpen

Kerpen, den 27.09.2017

Bau von Flüchtlingsunterkünften in Blatzheim, Brüggen und Sindorf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in Kürze steht die Submission der Aufträge für den Bau der Flüchtlingsunterkünfte in Blatzheim, Brüggen und Sindorf an.

Schon vor dem „offenen Brief“ der Interessengemeinschaft „Auch wir sind Sindorf“, wurde und wird diskutiert, wie diese Häuser künftig genutzt und belegt werden können. Sie haben diesbezüglich bereits Gespräche im zuständigen Ministerium geführt, ich hatte bereits Kontakt zu unserem Landtagsabgeordneten aufgenommen, um die Ziele zu erreichen, die bei der Planung der Häuser definiert wurde.

Für die CDU-Fraktion gilt auch weiterhin, dass hier vorrangig Familien untergebracht werden sollen. Doch durch das veränderte und beschleunigte Asylverfahren und die drastisch reduzierte Anzahl von neuen Flüchtlingen, ist dieses Ziel aber nicht mehr erreichbar bei strenger Auslegung der Kriterien, die von der alten Landesregierung erlassen wurden.

Mehr als berechtigt ist die Frage, die in den sozialen Medien aufgeworfen wird: „Wenn man den Bau dieser Wohnungen noch unter dem Aspekt sieht, dass ja eigentlich alle Flüchtlinge, die sich im Asylverfahren befinden, überhaupt nicht mehr den Kommunen zugeteilt werden sollen, sondern erst nach Abschluss ihres Verfahrens, also, wenn sie anerkannt sind, muss ich mich fragen: Für wen sollen diese Wohnungen denn überhaupt gebaut werden?“

Daher muss die neue Landesregierung die Kriterien ändern bzw. die Kolpingstadt Kerpen muss die Häuser direkt so bauen, wie es auch für den 2. Schritt vorgesehen war, als Mehrfamilienhäuser im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus.

Uns muss die Möglichkeit eröffnet werden, in den neuen Häusern sowohl anerkannte Flüchtlingsfamilien als auch deutschen Familien mit Wohnberechtigungsschein dort eine Wohnung zu vermieten. Dies fördert die Integration und das war unser Ziel.

Da noch nicht absehbar ist, ob die neue Landesregierung auf die Kritik an den Förderkriterien eingeht, muss die Submission gestoppt werden, um dann eine neue Ausschreibung im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus durchzuführen.

Freundliche Grüße



Klaus Ripp

(Vorsitzender)